

Grüne schauen mit anderen Augen auf Hartz IV

Der Grünen-Landtagskandidat Udo Engelhardt lud Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke nach Singen

Singen – Udo Engelhardt besuchte mit Beate Müller-Gemmeke zunächst das Kinderhaus des Kinderschutzbundes im Langenrain, um sich vor Ort einen Eindruck über die sozialen Probleme der Stadt Singen zu verschaffen.

Bei ihrem Vortrag am Abend im Gasthaus Kreuz wies die Grünen-Abgeordnete darauf hin, dass sich die Spaltung der Gesellschaft weiter verstärke und damit einhergehend auch die Politikverdrossenheit ansteige. Besonders die Langzeitarbeitslosigkeit verfestige sich weiter und werde vererbt. Scharf kritisierte sie die Steuerentlastung der schwarz-gelben Bundesregierung, die jedem Bürger eine Entlastung von maximal drei Euro pro Monat bringe. Auf der anderen Seite werde die Rentenversicherung für Erwerbslose gestrichen und die Übergangshilfen von Sozialhilfe auf Hartz IV gekürzt.

Hartz IV ist so ausgelegt, dass durch Druck Eigenverantwortung erzeugt werden soll (fördern und fordern). Beide, Müller-Gemmeke und Engelhardt, sind aufgrund von Erfahrungen in den letzten fünf Jahren davon überzeugt, dass zu starker Druck meistens zu Versagen oder Verweigerung führt und nur ganz selten zu einem Arbeitsplatz. Das hätten die Grünen früher auch falsch eingeschätzt, räumte Müller-Gemmeke ein. Menschen, die schon lange arbeitslos seien, erlebten sich häufig als hilflos und ohnmächtig. Hier sei Hilfestellung erforderlich und keine Sanktionen für Hartz IV-Empfänger, die immer häufiger auch in Obdachlosigkeit endeten. Die Grünen fordern Regelsätze, die armutsfest sind und nicht gekürzt werden dürfen.

Die Grünen setzen sich auch für einen Mindestlohn in allen Branchen ein, um die Zahl der Lohnaufstockungen durch Hartz IV zu begrenzen. Zudem plädieren sie für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, um die Ausweitung der Zeitarbeit zu unterbinden. Mit der Tarifbindung sprach Müller-Gemmeke ein weiteres Problem an, denn nur noch 62 Prozent der Betriebe seien an Tarife gebunden und die Gewerkschaften könnten Lohnerhöhungen nicht mehr erkämpfen.